

Ausschaltung der Gemeinde- Mietseinigungsämter?

Die Vertreter des Grundbesitzes beim Kriegsminister.

An den Empfang der Vertreter des städt. Haus- und Grundbesitzes beim Vizekanzler von Payer wird sich, wie wir hören, ein Empfang beim Kriegsminister anschließen, der ja in der Angelegenheit der Ausschaltung der Gemeinde-Mietseinigungsämter durch die Verfügung einiger Generalkommandos, daß Mietssteigerungen bis auf weiteres zu unterbleiben hätten, die zunächst beteiligte Instanz ist.

Der Empfang beim Vizekanzler gab einer Reihe von Vertretern des Hausbesitzes Gelegenheit, den Fall von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Es sprachen die Abgeordneten Dr. Arendt und Geh. Justizrat Dr. Diepmann, Geh. Staatsrat Budde, Kommerzienrat Haberland, der Münchener Gemeindebevollmächtigte Humar, sowie Justizrat Wewensfeld. Sie beleuchteten die Angelegenheit von der Seite der Hebung des Wohnungsmangels sowohl wie der Opfer, die dem Hausbesitz durch den Krieg auferlegt worden sind. Geheimrat Diepmann erörterte insbesondere die Frage, ob derartige einseitige Verfügungen der Militärbehörde rechtlich zulässig seien. Die Sache auch vom politischen Gesichtspunkte streifend, wies er dann darauf hin, daß derartige Maßnahmen uns leicht dem Ausland gegenüber in den Geruch der Militärdiktatur bringen können und daß somit hier nicht nur ein Interesse des Hausbesitzes, sondern auch ein eminentes allgemeines Interesse in Frage stehe.

Vizekanzler von Payer hörte die vorgebrachten Klagen und Hinweise mit großer Zuvoorkommenheit an und sagte zu, daß er in eine wohlwollende Prüfung der Angelegenheit eintreten werde.

Heute werden abermals die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden und der Kreise Niederbarnim und Teltow im Berliner Rathaus versammelt sein, um zu der Errichtung eines Wohnungsverbandes Groß-Berlin Stellung zu nehmen. Der in den früheren Sitzungen vorgelegte Entwurf eines Verbandsstatuts hat die Zustimmung einiger Vertreter nicht gefunden, da sie sowohl hinsichtlich der Ziele und des Risikos, wie bezüglich der Zahl der von den einzelnen Gemeinden und Kreisen in den Wohnungsverband zu entsendenden Vertreter und über den geplanten Lastenausgleich Bedenken hegten.